

Pressekonferenz | Donnerstag, 5. März 2015

Sicherheitsschwerpunkte in Vorarlberg: Gemeinsam für mehr Sicherheit

**Arbeitsgespräch von Landeshauptmann Wallner, Innenministerin
Mikl-Leitner und Landesrat Schwärzler im Landhaus**

mit

Landeshauptmann Markus Wallner

Bundesinnenministerin Johanna Mikl-Leitner

Landesrat Erich Schwärzler

(Sicherheitsreferent der Vorarlberger Landesregierung)

und

Hans-Peter Ludescher

(Landespolizeidirektor)

Gemeinsam für mehr Sicherheit

Seit vielen Jahren weist Vorarlberg die höchste Aufklärungsquote aller österreichischen Länder aus. 2013 lag sie bei 57,3 Prozent. Das ausgezeichnete Sicherheitsniveau, das im Land erreicht ist, gründet auf einer qualitativ hochwertigen Sicherheitsarbeit, die vor Ort geleistet wird. Polizeikräfte und die anderen Sicherheitsverantwortlichen ziehen für die Bevölkerung eng abgestimmt an einem Strang. Und auch die Bevölkerung trägt durch Wachsamkeit und Vorsorge einen wichtigen Teil zur gemeinsamen Aufgabe "Sicherheit" bei. Von Landesseite wird alles daran gesetzt, die gute Position abzusichern und weiter auszubauen, stellte Landeshauptmann Markus Wallner nach einem Arbeitsgespräch mit Innenministerin Johanna Mikl-Leitner und Sicherheitslandesrat Erich Schwärzler heute, Donnerstag (5. März), im Landhaus in Bregenz klar.

In ihren Ausführungen nach dem Arbeitsgespräch ging die Innenministerin auf die aktuelle sicherheitspolitische Situation in und um Österreich ein. Themen waren insbesondere die Entwicklungen nach den Terroranschlägen von Paris und Kopenhagen, die Gefahren und Folgen, die von brutalen Terrororganisationen wie dem Islamischen Staat ausgehen sowie Radikalisierungstendenzen, mit denen sich unsere Gesellschaft verstärkt auseinandersetzen muss. Auf die Terrorgefahr hat Österreich umgehend reagiert. Aufgrund einer "abstrakt höheren Gefährdung" sind die Sicherheitsvorkehrungen entsprechend verschärft worden. Daneben ist Österreich wegen der vielen bewaffneten Konflikte und auch der wirtschaftlich schwierigen Situationen in benachbarten Ländern seit einigen Monaten mit steigenden Zahlen bei den Asylanträgen konfrontiert. Darauf ist Innenministerin Johanna Mikl-Leitner nach dem Treffen ebenso eingegangen.

Schnellere Verfahren im Asylbereich

Inhalt des Arbeitsgespräches zwischen Landeshauptmann Wallner und der Innenministerin war auch die aktuelle Situation im Asylbereich. Derzeit befinden sich 1.480 Asylsuchende in Vorarlberg. Landeshauptmann Markus Wallner bekräftigte einmal mehr, dass Vorarlberg dazu stehe und sich fortlaufend bemühe, die vereinbarte Quote zu erfüllen. Er erinnerte in diesem Zusammenhang aber auch an die drei zentralen Forderungen, die von den Landeshauptleuten bei ihrer außerordentlichen Konferenz in Wien im Februar dieses Jahres formuliert wurden. Dort sprachen sich die Länderchefs für eine europäische Quote bei der Verteilung der Asylwerber aus, für schnellere Asylverfahren und für höhere Tagsätze für die Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden sowie für eine bessere finanzielle Ausstattung für die Sprach- und Berufsqualifikation von Konventionsflüchtlingen. "Österreich und Vorarlberg stehen zu ihrer humanitären Verpflichtung, wenn auch die anderen Länder ihrer Pflicht nachkommen", verdeutlichte Wallner.

Neuer Gesetzesentwurf liegt vor

Erforderlich sind rasche und effiziente Verfahren bei Personen aus sogenannten sicheren Herkunftsstaaten. Bei diesen Personen handelt es sich zu einem sehr überwiegenden Teil nicht um Personen, die unter die Genfer Flüchtlingskonvention fallen, sondern ihr Heimatland aus wirtschaftlichen Gründen verlassen. Menschen aus dem Kosovo stellen etwa

derzeit bereits die größte Gruppe der Asylantragsteller. Es muss gelingen, Asylverfahren für diese Personen zügiger abzuwickeln als bisher – selbstverständlich unter Einhaltung aller rechtsstaatlichen Notwendigkeiten. Dass das möglich ist, zeigt ein Blick über die Grenzen in die Schweiz oder nach Deutschland. Dort hat man dies bereits umgesetzt oder arbeitet gerade an entsprechenden Modellen.

Prävention und De-Radikalisierung

Prävention, vor allem im Bereich Eigentum, Gewalt, des sexuellen Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen sowie der Cyberkriminalität, bedarf angesichts der steigenden Herausforderungen stärker als je zuvor eines gesamtgesellschaftlichen Ansatzes, ist der Landeshauptmann überzeugt. Die Verantwortung der Zivilgesellschaft mit Unterstützung der Sicherheitsbehörden und der Polizei steht dabei im Mittelpunkt, wobei die Bürgerinnen und Bürger stärker in die Kriminalprävention und die Kriminalitätsbekämpfung sowie in den Schutz vor Gefahren zu integrieren sind. Konkret soll die vom Land und den Gemeinden initiierte Intensivierung der Zusammenarbeit der Organisationen und Akteure, insbesondere im Rahmen des Bündnisses gegen Gewalt, der Plattformen "Prävention/De-Radikalisierung" und "Sicherheit", der Kinder-/Jugendwohlfahrt, des Direktkontaktes der Behörden und der Polizei mit den Schulen und Elternvereinen sowie der Wirtschaftskammer Vorarlberg weiterentwickelt werden.

Gemeinsames Ziel: Vorarlberg noch sicherer machen

"Im Vordergrund steht, Vorarlberg noch sicherer zu machen", erklärt Landeshauptmann Markus Wallner. Es gehe darum, dass die qualitativ hochwertige und professionelle Sicherheitsarbeit für die Bevölkerung weiter erfolgreich fortgeführt werden kann und das erreichte beachtliche Sicherheitsniveau gesichert wird. Dem großartigen Engagement der Polizeikräfte drückten Wallner und Schwärzler in diesem Zusammenhang ihren Dank und ihre Wertschätzung aus. Wallner: "Größter Ausdruck der Anerkennung ist das enorme Vertrauen, das die Menschen in Vorarlberg den Sicherheitskräften entgegenbringen".

Damit die Exekutive in Vorarlberg ihrer Arbeit auf höchstem Niveau nachgehen kann, ist das Land Vorarlberg im Jahr 2009 mit dem Innenministerium eine Sicherheitspartnerschaft eingegangen. Die bewährte Zusammenarbeit wurde im Juni 2012 um drei weitere Jahre verlängert. Nun wurde von beiden Seiten die grundsätzliche Bereitschaft artikuliert, die erfolgreiche Partnerschaft fortzusetzen.

Positiv fiel die Bilanz über die bisherige Zusammenarbeit aus. Vom gemeinsam geschnürten Sicherheitspaket, das aus einem ganzen Bündel an unterschiedlichen Maßnahmen bestand, sind nahezu alle Punkte zur Gänze abgearbeitet worden. "Es ist sehr erfreulich, dass die von Bundesseite gemachten Zusagen weitestgehend erfüllt wurden", stellte Landeshauptmann Markus Wallner zufrieden fest. Das mache ihn zuversichtlich, was die geplante Verlängerung der Vereinbarung betrifft. "Wir werden gemeinsam weiter daran arbeiten, Vorarlberg noch sicherer zu machen", unterstrich Wallner. Die Voraussetzungen dafür sind gegeben, wie der Landesrat ausführte. "Entscheidend ist, dass die Zusammenarbeit im Dienste der Sicherheit weiterhin funktioniert und die Polizei auch in Zukunft das hohe Vertrauen in der Bevölkerung rechtfertigen kann", betonte Landesrat Erich Schwärzler.

Bundesministerin Johanna Mikl-Leitner pflichtet bei: "Gerade was Sicherheit angeht, haben wir eine große Verantwortung, denn Sicherheit ist ein Grundbedürfnis. Die positive Kriminalstatistik Vorarlbergs ist ein großer Erfolg und ein besonders gutes Zeugnis für die Polizistinnen und Polizisten. Sehr gut zu sein, darf einen nicht daran hindern, noch besser zu werden. Darum ist auch mein Ziel, Vorarlberg noch sicherer zu machen." Die Innenministerin weiter: "Damit wir dieses hohe Maß an Sicherheit weiter garantieren können, braucht es starke Kooperationen. Und zwischen Vorarlberg und dem Innenministerium gibt es so eine starke Kooperation, wie u.a. die Sicherheitspartnerschaft unter Beweis stellt. Innerhalb dieser Zusammenarbeit wollen wir auch weiterhin gemeinsam Schritte setzen."

Sicherheitspartnerschaft 2012-2015: Wesentliche Punkte erfüllt

Gemäß der Sicherheitspartnerschaft 2012-2015 hat sich die Zahl der Exekutiv-Planstellen in Vorarlberg in den vergangenen Jahren schrittweise erhöht. "Sicherheit erfordert genügend Personal", fügte Landesrat Schwärzler an: "Die gute personelle Ausstattung sorgt in Verbindung mit den funktionsfähigen regionalen Sicherheitsstrukturen dafür, dass bei uns in Vorarlberg im Bedarfsfall rasche und kompetente Hilfe zur Verfügung steht".

Die Ausbildungskurse am Bildungszentrum der Sicherheitsexekutive in Feldkirch sowie die Bereitstellung der Ausbildungsplätze für dienstführende Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten sind umgesetzt worden und unterstützen eine mittelfristige Personalplanung. Im Jahr 2012 wurde zudem, wie vereinbart, das neue Polizeiboot auf dem Bodensee in Dienst gestellt. In die Tat umgesetzt wurde auch die angekündigte Bauoffensive bei mehreren Polizeiinspektionen.

Land und Bund bekennen sich zu Sicherheitspartnerschaft neu

Die zu erneuernde Sicherheitspartnerschaft soll wiederum eine Reihe von wichtigen Maßnahmen zur Vertiefung der Zusammenarbeit und für ein Mehr an Sicherheit enthalten. "Vieles von dem, was sich bis heute sehr gut bewährt hat, soll auch weiter so gehandhabt werden", erklärt der Landeshauptmann. So sollen etwa

- jährlich mindestens ein bis zwei Polizeigrundkurse mit wenigstens 30 neuen Polizeischülerinnen und -schülern am Bildungszentrum in Feldkirch umgesetzt werden,
- die Dienstführenden-Kursplätze weiter sichergestellt bleiben,
- der Ausbau der grenzübergreifenden Zusammenarbeit weitergehen,
- die verstärkte Überwachung in den Ballungsräumen ausgebaut werden,
- das Einsatzkommando Cobra-West Vorarlberg weiterhin Polizeistreifen unterstützen,
- zur Katastrophenvorsorge weiterhin ein Polizeihubschrauber bereitstehen,
- die bestehende Zusammenarbeit mit dem BMI intensiviert werden (z.B. Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl - BFA),
- Schaffung bestmöglicher infrastruktureller Bedingungen für die Polizei,
- (z.B. Neuerrichtung der Polizeiinspektion Dornbirn)
- die gemeinsame Errichtung eines neuen digitalen Funknetzes geprüft werden.

Die Eckpunkte der Vereinbarung sollen in den kommenden Wochen konkretisiert werden.